



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Bredstedt und Umland**



Harald Rossa
Vorsitzender
Treibweg 4
25821 Bredstedt

SPD OV Bredstedt und Umland ♦ Treibweg 4 ♦ 25821 Bredstedt

Bredstedt, den 17.2.2021

An den

Bürgermeister der Stadt Bredstedt

Antrag „Gymnasiale Oberstufe im Mittleren Nordfriesland“

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Stadtvertretung der Stadt Bredstedt fordert den Schulverband Mittleres Nordfriesland und die Regierung des Landes Schleswig-Holstein auf an der Gemeinschaftsschule des Schulverbandes Mittleres Nordfriesland eine Gymnasiale Oberstufe einzurichten.

Begründung:

Die Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein hat mit der Vorstellung des Bildungsberichtes festgestellt, dass die Wege zum Abitur ungleich verteilt sind. Dabei hat sie ausdrücklich auf den Kreis Nordfriesland hingewiesen.

Im Kreis Nordfriesland ist das größte Loch mit Schulangeboten bis zum Abitur zwischen Husum und Niebüll im Zuständigkeitsbereich des Schulverbandes Mittleres Nordfriesland lokalisiert. Das Loch sollte so schnell wie möglich geschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Rossa, Fraktionsvorsitzender

Anhang: Artikel zum Thema aus den Husumer Nachrichten vom 17.1.2022
Link zum Bildungsbericht Schleswig-Holstein 2022



Aus Husumer Nachrichten vom 17.1.2022:

„Wege zum Abitur ungleich verteilt

Bildungsbericht bemängelt starkes regionales Gefälle bei Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

Frank Jung

Bildungsministerin Karin Prien hat den Anstoß zur Einrichtung weiterer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen gegeben. „Wir müssen uns anschauen, wie die Chancengerechtigkeit beim Zugang zu unterschiedlichen Schulformen gewährleistet ist“, sagte die CDU-Politikerin bei der Präsentation eines von ihr in Auftrag gegebenen „Bildungsberichts“. Das 70-seitige Gutachten des Leibniz-Instituts für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF) nimmt eine Bestandsaufnahme der Schulentwicklung im Land über die letzten zehn Jahre vor. Und stellt dabei eine regionale Schieflage bei der Vielfalt der Wege zum Abitur fest.

Traditionell war Priens Partei aus Sorge um die Gymnasien stets skeptisch, mit Oberstufen an Gemeinschaftsschulen einen alternativen Weg zur Hochschulreife anzubieten. Ursprünglich initiiert von der SPD, haben von 205 Gemeinschaftsschulen im Land derzeit 50 eine eigene Oberstufe. Eine Unterversorgung sieht das DIPF vor allem in Nordfriesland, Dithmarschen und Steinburg und, wenn auch etwas abgestuft, in den Kreisen Schleswig-Flensburg und Plön. In Stormarn hingegen gebe es fast doppelt so viele Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe wie ohne. Die Gutachter bemängeln durch dieses Nordwest-Südost-Gefälle „weniger direkte Abitur-Optionen in den nördlicheren und westlicheren Regionen“.

„Keine ideologische Frage mehr“

„Die regionale Verteilung müssen wir uns angucken“, bilanziert Prien. Sie sei „zwar nicht dafür, jetzt überall neue Oberstufen einzurichten und schon gar nicht dafür, das Gymnasium zu verdrängen“. Die Zeit der ideologischen Auseinandersetzungen darüber aber sieht sie als „vorbei“ an. „Ob es eine weitere Gemeinschaftsschule mit Oberstufe etwa in Nordfriesland braucht, ist keine ideologische Frage mehr, auch nicht für die CDU.“

Alles in allem stellt der „Bildungsbericht“ Schleswig-Holstein ein gutes Zeugnis dafür aus, dass es auf ein nur noch zweigliedriges System aus Gymnasium und Gemeinschaftsschule umgestellt hat. Zuerst Haupt- und Realschulen, später ihr Übergangs-Nachfolger Regionalschule wurden abgeschafft. Das habe zu mehr Durchlässigkeit geführt. „Je flexibler die Entscheidungen im Bildungsverlauf getroffen werden können, desto eher können die Bildungspotenziale jeder und jedes Einzelnen ausgeschöpft werden“, betont DIPF-Gutachter Stefan Krühne. Er hob „eine sehr gute Ausgangslage“ der Nord-Schüler im Bundesvergleich hervor. Etwa würden hier mehr Kinder vorzeitig eingeschult und die Kompetenzen in Mathe und beim Lesen seien besser. Allerdings würden die Potenziale im weiteren Bildungsverlauf offenbar nicht voll gehoben, so Krühne. Denn zehn Prozent aller Absolventen und



damit überdurchschnittlich viele verlassen in Schleswig-Holstein die Schule ohne jeden Abschluss.

Prien sieht das als „Kehrseite“ von Schleswig-Holsteins bundesweiter Spitzenposition bei der Inklusionsquote. Die Überlegung: Besonders viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen hier eine Regelschule, also auch besonders viele, die mehr Schwierigkeiten haben einen Abschluss zu erlangen. Hinter der bundesweiten Entwicklung zurück bleibt das Land zwischen den Meeren bei den Ganztagsangeboten. Trotz großer Sprünge über zehn Jahre auch im Norden ist ein Anteil von erst 66 Prozent erreicht, fünf Prozent weniger als im deutschen Durchschnitt.

Gutachter lobt Transparenz in Schleswig-Holstein

Alles in allem zieht Berichtsautor Krühne „ein positives Fazit“. „An wesentlichen Stellen, wo man als Land etwas steuern kann, ist Schleswig-Holstein gut aufgestellt.“ Noch mehr lobt er „eine in dieser Form in anderen Ländern unvorstellbare Transparenz“, wie sie im Umgang des Ministeriums mit dem „Bildungsbericht“ zum Ausdruck komme. Nicht nur kann man ihn auf der Internetseite von Priens Ressort nachlesen, weil sie „damit eine Diskussion ermöglichen will“. Die Ministerin plant auch Veranstaltungen mit der Schulöffentlichkeit, „um gemeinsame Schlussfolgerungen aus dem Bericht abzuleiten“.

Der in dieser Form erstmals erstellte „Bildungsbericht“ ist ähnlich wie eine bundesweite Analyse gleichen Namens aufgebaut. Diese gibt ebenfalls das DIPF alle zwei Jahre heraus. Die Jamaika-Koalition will so eine „neue Qualität der Bildungsberichterstattung“ und damit Trends und Entwicklungsperspektiven besser aufzeigen“, so Prien.“

Über diesen Link geht es zum vollständigen Bildungsbericht Schleswig-Holstein 2022:

https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/III/Presse/PI/2022/Januar/III_Bildungsbericht.html